



Atomwaffen abschaffen - Bei uns anfangen!

Dr. Wolfgang Gerhardt
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Darmstadt, 13. Oktober 2009

Koalitionsverhandlungen zum Thema Atomwaffen

Sehr geehrter Dr. Gerhardt,

Sie vertreten bei den Verhandlungen über die Bildung einer neuen Koalitionsregierung die FDP in der Arbeitsgruppe Außen/Verteidigung/Entwicklung/Europa.

Eines Ihrer Verhandlungsthemen ist die Frage, ob die Bundesregierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten auf den Abzug der letzten noch in Deutschland verbliebenen Atomwaffen drängen soll.

Momentan bietet sich für Deutschland die historische Chance, bei der Abrüstung taktischer Atomwaffen durch eigenständiges Handeln einen weitreichenden Dominoeffekt in Gang zu setzen. Zwar verhandeln die USA und Russland zur Zeit über weitere Einschnitte in ihre strategischen Atomarsenale, eine Reduzierung oder gar die vollständige Verschrottung der taktischen Arsenale der beiden Länder stand und steht aber weiterhin nicht auf der Agenda.

Die USA verweisen auf den Wunsch der deutschen Regierungsparteien CDU und CSU, im Rahmen der transatlantischen Sicherheitskooperation weiterhin US-Atomwaffen in Büchel – einem deutschen Fliegerhorst mit deutschen Tornados und deutschen Piloten – vorzuhalten. Die CDU und CSU verweisen auf die Lastenteilung im transatlantischen Bündnis. Und Russland? Russland zieht sich mit dem Kommentar aus der Affäre, es sei erst dann zu Verhandlungen über taktische Atomwaffen bereit, wenn die Vereinigten Staaten keine solche Waffen mehr auf fremdem Territorium stationieren.

Trägerkreis: Aktionskreis für Frieden, Erfurt; Aktion Völkerrecht; Arbeitsgruppe NPT im Netzwerk Friedenskooperative; Arbeitskreis Darmstädter Signal (AKDS); Arbeitskreis für Friedenspolitik (AKF) - Atomwaffenfreies Europa; Bremer Friedensforum; Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen (BAkJ); Bundesausschuss Friedensratschlag; Bundesverband Christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK), CDU/CSU - Mitglieder für die Überwindung der Kernenergie; Darmstädter Friedensforum; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Deutsche Sektion des International Network of Scientists and Engineers against Proliferation (INESAP); Deutscher Friedensrat; Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik; Frauen für den Frieden; Friedensgruppe Harburg-Land; Friedensgruppe (FI) Berlin-Wilmersdorf; FI Neustadt/Weinstraße; FI Ramelsloh; Friedensinitiative Westpfalz; Friedensweg, Leipzig; Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen; Gewaltfreie Aktion "Atomwaffen abschaffen" (GAAA); Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Mecklenburg-Vorpommern; Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; Helsinki Citizen's Assembly; Hiroshima Arbeitsgemeinschaft, Kiel; IG Metall Jugend; Initiative für Frieden (IFIAS), Initiativkreis gegen Atomwaffen; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF); Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig (VB); Interessengemeinschaft EntRüstung, Rostock; JuristInnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, für gewaltfreie Friedensgestaltung (IALANA); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Künstler in Aktion (KIA); Lebenshaus Schwabische Alb; NaturwissenschaftlerInnen Initiative "Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit" (NatWiss); Nuclear Free Future Award; Ohne Rüstung Leben (ORL); Ostermarsch Ruhr; Pax Christi - Internationale Katholische Friedensbewegung - Deutsche Sektion; Pazifik-Netzwerk; Sächsische Friedensinitiative Dresden; Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW); Warenschhof, Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden

Mitglied von Abolition 2000 –
A Global Network for the Elimination of
Nuclear Weapons

Dieser Brief wurde im Namen des
Kampagnenrates „unsere zukunft –
atomwaffenfrei“ geschrieben von

Regina Hagen
Teichhausstraße 46
64287 Darmstadt
Tel. 06151-47 11 4
regina.hagen@jugendstil.da.shuttle.de

Vor zwei Wochen hat der US-Kongress im Rahmen der Haushaltsplanung für das Finanzjahr 2010 im Bereich „Energy and Water“, der sowohl Atomenergie als auch Atomwaffen mit umfasst, erhebliche Gelder für die Aufrechterhaltung sowie die Modernisierung des Atombombentyps B61 vorgesehen hat.¹ Insgesamt beläuft sich die Planung 2010-2014 für diesen Bombentyp auf US\$ 708 Mio., wobei hier Kosten z.B. für die Infrastruktur noch gar nicht eingeschlossen sind.

Die B61-Bombe ist ausschließlich in Europa stationiert. Eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, die noch in Deutschland verbliebenen B61-Bomben abzuziehen, wäre im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (im Mai 2010 in New York) ein deutliches Signal an die internationale Völkergemeinschaft, dass jedes Land auf seine Art zur nuklearen Abrüstung beitragen kann. Wir halten es für sehr wahrscheinlich, dass eine solche Entscheidung binnen kurzem zum kompletten Abzug der (militärisch sowieso nicht nutzbaren) US-Atomwaffen aus Europa führen und somit eine ganz neue Dynamik in die globalen Abrüstungsbemühungen einführen würde. Außerdem würde Deutschland mit diesem Schritt u.a. auch seine Position in den Verhandlungen um Nichtverbreitung mit dem Iran stärken.

Sehr geehrter Dr. Gerhardt, sämtliche Umfragen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen den Abzug der US-Atomwaffen wünscht.² Mit dem mutigen Schritt, den eigenen Spielraum zur nuklearen Abrüstung auszunutzen, können Sie nicht viel falsch machen – die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler für nukleare Abrüstung ist so hoch wie bei praktisch keinem anderen politischen Thema.

Bitte setzen Sie sich bei den Koalitionsverhandlungen für den Abzug aus Deutschland ein!

Mit freundlichen Grüßen
für den Kampagnenrat „unsere zukunft – atomwaffenfrei“³

Regina Hagen



Forderungen der Kampagne:

- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- Keine Mitarbeit an der Planung und dem Einsatz von Atomwaffen

¹ Siehe http://www.rules.house.gov/111/LegText/111_energyandwatercr_txt.pdf, S. 66. Laut des am 30.9.2009 vereinbarten Budgets sind u.a. US\$ 91,956 Mio. eingeplant, um die Einsatzbereitschaft des Bombentyps B61 weiter zu gewährleisten, außerdem US\$ 15 Mio. für eine Studie zur Modernisierung der nicht-nuklearen B61-Komponenten, sofern die laufende Überprüfung (Nuclear Posture Review) einen Bedarf für den neuen Bombentyp B61-12 ergibt, siehe S. 198-199 und S. 216 der genannten PDF-Datei.

² Die jüngste FORSA-Umfrage zum Thema vom 1. und 2. Juli 2008 ergab: „84 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Bundesregierung dafür sorgen sollte, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen umgehend beseitigt werden sollten.“ Dieser Aussage stimmten auch 77% der CDU/CSU-WählerInnen zu. Insgesamt unterstützten 89% der Befragten diese Aussage: „Atomwaffen sind grundsätzlich völkerrechtswidrige Waffen und sollten weder produziert noch gehortet werden dürfen.“

³ Mehr Informationen zu unserer Kampagne finden Sie auf <http://www.atomwaffenfrei.de>.